

Beschluss I03NEU

Antrag

Initiator*innen: SPD-Landesparteitag

Titel: Von Riesa geht ein Signal aus!

Antragstext

1 Die sächsische SPD unterstützt den „[Riesaer Appell](#)“ der
2 Nahrungsmittelgewerkschaft NGG: Denn von Riesa geht ein Signal aus. In Sachsen
3 und ganz Ostdeutschland entsteht eine neue gesellschaftliche Bewegung der
4 Beschäftigten, die selbstbewusst ihre Rechte einfordert und zusammen mit den
5 Gewerkschaften für höhere Löhne oder ihren Standort kämpfen. Beschäftigte, die
6 sich nicht mehr damit zufrieden geben, dass sie 30 Jahre nach der Deutschen
7 Einheit immer noch länger arbeiten, aber weniger verdienen.

8 Diese Arbeitskämpfe sind nicht nur für die einzelnen Arbeiterinnen und Arbeiter
9 und ganze Belegschaften wichtig. Sie stärken auch den gesellschaftlichen
10 Zusammenhalt und unsere Demokratie in Sachsen. Denn der Ärger, für die eigene
11 harte Arbeitsleistung keine angemessene Vergütung und später Rente zu erhalten,
12 hat zur Wut auf *die Politik* in Sachsen beigetragen. Sie speiste sich auch aus
13 dem Eindruck, dass die Politik scheinbar die Alltagsprobleme nicht zu sehen
14 schien, dass etwa der Lohn nicht zum Leben reicht.

15 Das Engagement der Beschäftigten ist ein demokratisches Recht. Betriebliche
16 Interessenvertretungen ermöglichen es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ihre
17 Rechte und Interessen selbst zu organisieren. Diese Rechte basieren auf dem im
18 Grundgesetz festgelegten Sozialstaatsprinzip der Bundesrepublik Deutschland.
19 Auch in Sachsen leben viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie
20 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Sozialpartnerschaft.

21 Gerade diese Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen
22 ist derzeit besonders wichtig: Denn Im Schatten von Corona werden ganze
23 Wirtschafts- und Industriezweige durch Klimawandel, Digitalisierung und

24 Automatisierung neu geordnet. Es geht daher darum, den Industrie- und
25 Wirtschaftsstandort Sachsen zu stärken, um dadurch Arbeitsplätze zu sichern.
26 Sachsens Industrie- und Dienstleistungswirtschaft kann bei Zukunftsthemen an die
27 Spitze westdeutscher Bundesländer aufschließen und Vorreiter werden!

28 Doch einige sächsische Unternehmer scheinen immer noch im ostdeutschen
29 Turbokapitalismus der 1990er Jahre zu leben. Sie verunglimpfen Mitwirkung und
30 Mitbestimmung als Eingriffe in die unternehmerische Freiheit und bremsen auf
31 unterschiedliche Arten Mitbestimmung aus. Gleichzeitig behandelt manches
32 Unternehmen mit Sitz in Westdeutschland Ost-Betriebe immer noch als
33 Reservekanister oder Billiglohnstandort wo man doch bitte länger arbeiten und
34 weniger verdienen soll, und den man im Zweifel zuerst schließen kann.

35 Die Beschäftigten in Sachsen stellen sich diesem Denken entschieden entgegen:
36 Immer lauter und mit immer mehr Nachdruck. Das zollt uns Respekt ab, denn es
37 wird vielfach unterschätzt, was Massenarbeitslosigkeit und die damit
38 einhergehende einseitige Macht der Unternehmen in den letzten 30 Jahren mit den
39 Arbeiterinnen und Arbeitern in Sachsen gemacht hat: Man hat damals vielen den
40 Zahn gezogen. Das Motto: „Sozial ist, was Arbeit schafft“ führte und führt dazu,
41 dass die Ostdeutschen beim Einkommen oft als Kolleginnen und Kollegen zweiter
42 Klasse da stehen. In vielen Branchen bezahlen sie den Verzicht auf Mitbestimmung
43 bis heute mit geringen Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen und infolgedessen
44 leider auch mit Altersarmut. Diese Zeit müssen wir endlich hinter uns lassen und
45 dafür gemeinsam streiten.

46 Denn fest steht: Die Beschäftigten müssen heute weniger Angst um den
47 Arbeitsplatz haben, wenn sie Forderungen an die Firmen und Chefs stellen.
48 Arbeitsplatzverlust ist in Zeiten des Fachkräftemangels oft eine leere Drohung.
49 Die Sächsinen und Sachsen sollten und können mutig sein, sich gegen ungerechte
50 Löhne und fehlende Mitbestimmung zur Wehr zu setzen.

51 Der Riesaer Appell ist genau deshalb ein wichtiges Signal der ostdeutschen
52 Beschäftigten, welchen wir ausdrücklich unterstützen. Denn wir stehen an der
53 Seite der Beschäftigten in ganz Sachsen und streiten mit ihnen für mehr
54 Mitbestimmung und gute Löhne. **Insbesondere wichtig ist uns dabei – in Anknüpfung
55 an die Forderungen aus dem Appell – für unsere politische Arbeit:**

- 56 • **Die SPD Sachsen steht an der Seite der Beschäftigten:** Wir unterstützen
57 Initiativen von allen Beschäftigten, die sich auf den Weg machen, um
58 Niedriglöhne, fehlende Mitbestimmung und deutliche Lohnunterschiede zu
59 überwinden. Das von der SPD im Bund durchgesetzte „Betriebsräte-
60 Modernisierungs-Gesetz“ war hier ein wichtiger Schritt: Dieses schützt nun
61 Kolleginnen und Kollegen, die einen Betriebsrat gründen wollen.

- 62 • **Arbeit muss vor Altersarmut schützen:** Wir brauchen Löhne, von denen die
63 Menschen heute und im Alter nicht in Armut leben müssen. Denn wer den
64 ganzen Tag arbeitet, muss ohne zusätzliche Unterstützung leben können und
65 vor Altersarmut geschützt sein. Das ist eine Frage des Respekts.
66 Armutsfeste Löhne sind das Gebot der Stunde. Daher fordern wir, den
67 Mindestlohn auf 12 Euro zu erhöhen.
- 68 • **Weg mit den Lohnunterschieden:** Über 30 Jahre nach der Deutschen Einheit
69 müssen Lohnunterschiede von mehreren Hundert Euro im Monat bei
70 gleichwertiger Arbeit der Vergangenheit angehören. Heute sind gute Löhne
71 und Arbeitsbedingungen nicht nur eine Frage des Respekts, sondern sie
72 sichern auch die Versorgung mit Fachkräften. Nur mit guten Löhnen findet
73 man gute Leute. Die Zeit der Zurückstellung von Arbeitnehmerinteressen
74 muss vorbei sein – im Interesse der Beschäftigten, und im Interesse des
75 Wirtschaftsstandorts.
- 76 • **Gutes Geld für Gute Arbeit:** Zentral für die weitere Angleichung bei den
77 Löhnen und der Arbeitszeit ist die Stärkung der Tarifbindung Sächsischer
78 Unternehmen. Hier braucht es mehr als Anerkennung für die Arbeit von
79 Gewerkschaften sowie von Betriebs- und Personalrät:innen. Um die
80 Tarifbindung weiter zu stärken, setzen wir uns dafür ein, tarifgebundene
81 Unternehmen steuerlich besser zu stellen als nicht-tarifgebundene
82 Unternehmen. Es muss darüber hinaus einfacher werden, Tarifverträge für
83 ganze Branchen verbindlich zu machen.

84 **Die Politik muss ihren Beitrag leisten:** Wir müssen zum einen durch politische
85 Maßnahmen Tarifverträge stärken. Und zum anderen gesetzliche Bestimmungen, die
86 Tarifflicht begünstigen und prekäre Beschäftigung fördern, ändern. Deshalb
87 belohnen wir in unserer sächsischen Wirtschaftsförderpolitik Tarifbezahlung und
88 werden das sächsische Vergabegesetz arbeitnehmerfreundlich umgestalten. Zugleich
89 werden wir die Bundesebene bei der Einführung eines Bundestariftreuegesetzes
90 unterstützen. Die sächsische Sozialdemokratie wird weiterhin ihren politischen
91 Beitrag dazu leisten und energisch für Gute Arbeit in Sachsen streiten.